

zu zwingen!<sup>TM</sup>“ Selbst bei unteren Funktionären der SED und des FDGB stieß der Betriebskollektivvertrag auf Ablehnung. „Im Leipziger Druckgewerbe ist noch kein Betriebskollektivvertrag abgeschlossen .“, meldete die „Leipziger Volkszeitung“ am 18. August 1951. „Die meisten Betriebsleitungen und Gewerkschaftsfunktionäre betrachten den Betriebskollektivvertrag als ‚heißes Eisend trauern dem alten Buchdruckertarif nach und machen besondere Verhältnisse‘ im graphischen Gewerbe geltend .“

In einem Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 27. November 1951 wurde das Resümee gezogen: „Bei der Beratung und Beschlußfassung über den Betriebskollektivvertrag traten in diesem Jahr alle Fehler und Schwächen der gewerkschaftlichen Massenarbeit in Erscheinung“<sup>3</sup> hieß es. Als „größte Schwäche“ wurde die „mangelhafte ideologische Arbeit der Gewerkschaftsleitungen“ genannt. „Sie verstanden meistens nicht, die Bedeutung des Kollektivvertrages grundsätzlich zu beleuchten und den Arbeitern den Leistungslohn, die Fragen der Betriebsorganisation und der Arbeitsdisziplin vom grundsätzlichen Standpunkt der Verantwortung der Arbeiterklasse für die volkseigene Wirtschaft ... zu erklären!<sup>160 161</sup>.“ Auch dieser Beschluß enthielt, obschon unausgesprochen, das Eingeständnis, daß sich die Funktionäre der SED und des FDGB den Auseinandersetzungen mit widerspenstigen Arbeitern nicht gewachsen zeigten.

Die radikalen Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED (9.-12. Juli 1952)<sup>162</sup>, mit denen der „Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der Deutschen Demokratischen Republik“ erklärt und eine „Verschärfung des Klassenkampfes“ angekündigt worden war, ließen die latenten Spannungen zwischen der Arbeiterschaft und dem kommunistischen Regime binnen weniger Monate in ungewöhnlichem Ausmaß wachsen. „Was wird nun demnächst in der DDR geschehend fragen einige ängstliche Gemüter. Wird es eine Explosion geben, einen Umsturz, der das Unterste zu oberst kehrt . . .“ So fragte die im Sowjetsektor erscheinende „Berliner Zeitung“ in ihrem Leitartikel vom 11. Juli 1952 und erwiderte lakonisch: „Keines-

160 Hermann Möhring „Betriebskollektivvertrag steigert die Ausbeutung“ in „Pro und contra“ Nr. 11-12/1951, S. 160.

161 „Förderung der Arbeit der Gewerkschaften durch die Leitungen und Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, in „Dokumente der SED“, Bd. III, S. 652 und 644.

162 „Zur gegenwärtigen Lage und zu den Aufgaben im Kampf für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus“, in „Dokumente der SED“, Bd. IV, S. 70 ff.